

# Jahresbericht 2023







LANDESPOLIZEI  
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

## **Jahresbericht 2023**

Landespolizei Fürstentum Liechtenstein

---

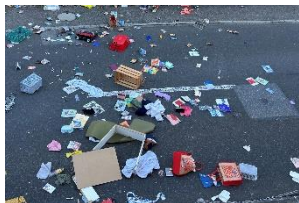
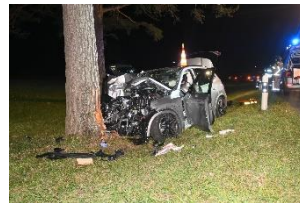


## Inhaltsverzeichnis

1	Schwerpunkte der Landespolizei.....	6
2	Personalbestand.....	11
3	Aus- und Weiterbildung .....	12
4	Landesnotruf- und Einsatzzentrale.....	12
5	Anonymes Hinweisgebersystem .....	13
6	Fachstelle Bedrohungsmanagement.....	13
6.1.	Häusliche Gewalt .....	14
7	Sicherheit.....	16
7.1.	Grundversorgung.....	16
7.1.1.	Ordnungs- und Sicherheitsdiensteinsätze .....	16
8	Verkehr.....	17
8.1.	Verkehrsunfälle .....	17
8.1.1.	Verkehrsunfälle mit Fussgängern .....	18
8.1.2.	Verkehrsunfälle mit Fahrrädern oder E-Bikes.....	19
8.2.	Unfallursachen.....	19
8.3.	Verkehrsprävention .....	20
8.4.	Verkehrskampagnen und Kontrollen.....	21
9	Kriminalität.....	21
9.1.	Gesamtkriminalität und Aufklärungsquote .....	22
9.1.1.	Tatverdächtige .....	22
9.2.	Jugendgewalt.....	23
9.3.	Rechte Gewalt .....	23
9.4.	Alpinpolizei .....	23
9.5.	Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten.....	23
9.6.	Kriminalprävention .....	24
9.7.	Kriminalstatistik .....	24
9.7.1.	Wirtschaftsdelikte .....	25
9.7.2.	Vermögens- und Eigentumsdelikte.....	25
9.7.3.	Gewalt- und Sexualdelikte .....	25
9.7.4.	Drogendelikte .....	25
9.7.5.	Digitale Kriminalität .....	26
9.7.6.	Migrationsdelikte.....	26
9.7.7.	Übriges Nebenstrafrecht.....	26
9.8.	Interpretierte Kriminalstatistik im Überblick.....	28
10	Internationale polizeiliche Zusammenarbeit.....	29
10.1.	Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit .....	29

10.2.	Schengen/SIRENE .....	29
10.3.	Nationales Zentralbüro Interpol .....	30
10.4.	Fahndungstreffer .....	30
10.5.	Europol .....	30
10.6.	Grenzüberschreitende Vernetzung .....	30
10.7.	Fonds für die Innere Sicherheit ISF (Aussengrenzen und Visa) .....	31
11	Waffen .....	32
11.1.	Waffenerwerbsscheine .....	32
11.2.	Waffentragbewilligungen .....	32
11.3.	Europäischer Feuerwaffenpass .....	32
12	Landesgefängnis .....	33
12.1.	Belegung im Landesgefängnis .....	33
12.2.	Betreuung .....	34
12.3.	Untersuchungshaft .....	34
12.4.	Strafvollzug im Ausland .....	34

# Impressionen 2023



## 1 Schwerpunkte der Landespolizei

Das Jahr 2023 stand im Zeichen personeller Veränderungen und einer Ressourcendiskussion angesichts wachsender Aufgaben sowie einer sich nach dem Massaker der HAMAS an israelischen Zivilisten dramatisch verändernden Sicherheitslage in Europa.

Mario Büchel, Chef der Sicherheits- und Verkehrspolizei (SIVE) sowie Polizeichef-Stellvertreter, ging nach fast 41 Dienstjahren – davon 20 Jahre in der Polizeiführung – in die Frühpension. Als Polizeioffizier war er für die erfolgreiche Planung und Durchführung zahlreicher polizeilicher Grossanlässe verantwortlich. Als Chef SIVE hat er zudem den Auf- und Ausbau der Uniformpolizei massgeblich geprägt und die Landespolizei auch international bei vielen Gelegenheiten repräsentiert. Mit Gino Blumenthal konnte erfreulicherweise intern ein erfahrener Nachfolger für die Leitung der Uniformpolizei und mit Andreas Schädler, Chef Kriminalpolizei, ein ebenfalls erfahrener Polizeioffizier als neuer Polizeichef-Stellvertreter gefunden werden.

Die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ) ist das Rückgrat jeder Katastrophen- und Krisenbewältigung in Liechtenstein. Da zahlreiche zusätzliche Aufgaben aus den Bereichen Gesundheit, Bevölkerungsschutz und Verkehr der LNEZ übertragen werden sollen, beauftragte die Regierung eine externe Firma mit der Überprüfung des Personalbedarfs. Die Überprüfung hat einen deutlichen Mehrbedarf an Ressourcen aufgezeigt, weshalb die Regierung im Berichtsjahr einen Personalausbau in der LNEZ beschlossen hat, um bis Ende 2026 eine 24/7-Besetzung mit drei Disponenten gewährleisten zu können.

Die Innenministerin hat die Polizeiführung zudem mit der Überarbeitung und Aktualisierung des Personalberichts aus dem Jahr 2018 beauftragt. Hintergrund waren einerseits die veränderte Sicherheitslage in Europa seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und andererseits der infolge gesellschaftlich-demographischer Veränderungen auch für die Landespolizei spürbare Fachkräftemangel. Mit dem Überfall der Terrororganisation HAMAS auf Israel und den dadurch auch in Europa ausgelösten Spannungen zwischen Muslimen und Juden hat sich die Sicherheitslage auch in Liechtenstein nochmals verschärft. Die Bombendrohung von 13. Oktober in Vaduz machte diesen Umstand augenfällig. Alte Gewissheiten, was die Sicherheit bzw. die Sicherheitsrisiken in Liechtenstein betreffen, decken sich nicht mehr mit der neuen Wirklichkeit. Aus diesem Grund hat die Regierung im Budget 2024 – gleichsam im Vorgriff auf den Personalbericht – bereits neun zusätzliche Stellen für die Landespolizei vorgesehen. Der Landtag hat diesem Vorhaben im November mit grosser Mehrheit zugestimmt. Der Personalbericht 2024 wird Anfang des kommenden Jahres der Regierung unterbreitet werden.

Nach dem kriegerischen Überfall Russlands auf die Ukraine 2022 hatte die Regierung den Landesführungsstab (LFS), der vom Polizeichef geleitet wird, als Planungsstab eingesetzt und mit der Ausarbeitung eines «Notfallplans Energiemangellage» – unter spezieller Berücksichtigung kritischer Infrastrukturen – beauftragt. Aufgrund der Entwicklung in der Ukraine setzte der Landesführungsstab zudem einen Teilstab «Radiologisches Ereignis» ein, der sich mit einem möglichen AKW-Störfall oder anderen Nuklearereignissen im Kriegsgebiet und den Auswirkungen auf Liechtenstein befasst. Schwerpunkte der Arbeit des Teilstabs bildeten dabei die Auswirkungen eines

solchen Ereignisses auf die Landesversorgung (Landwirtschaft, Lebensmittelversorgung) sowie die Krisenkommunikation der Regierung, da bei einem solches Ereignis vor allem die Verunsicherung der Bevölkerung politisch adressiert werden muss.

Bei allfälligen Stromabschaltungen stellt die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit eine spezielle Herausforderung dar. Liechtenstein verfügt bei einer Energiemangellage mit dem Polizeigebäude über einen funktionsfähigen, weil notstromversorgten Führungsstandort und ein notstromversorgtes Polycom-Funknetz (Polizei- und Blaulichtfunk), was auch bei Stromabschaltungen die Alarmierung und Kommunikation der Sicherheits- und Rettungsorganisationen sicherstellt. Damit die Landespolizei in einer ausserordentlichen Lage (AoL) wie bei Stromabschaltungen zudem über zusätzliches Personal verfügen kann, hat die Regierung die Verordnung über die Bereitschaftspolizei angepasst. Die Bereitschaftspolizei kann nun für die Dauer einer «AoL» fest in die Landespolizei integriert werden.

Wegen des Kriegs in der Ukraine haben gegen fünf Millionen Menschen das Land verlassen und halten sich als Flüchtlinge in europäischen Staaten auf. Über 800 haben auch in Liechtenstein Schutz gesucht. Das Risiko, dass die Notsituation der Kriegsflüchtlinge – insbesondere junge Frauen und Kinder – von kriminellen Organisationen ausgenutzt wird, um sie sexuell oder als Arbeitskräfte auszubeuten, ist hoch. Aus diesem Grund wurde das Hinweisgebersystem der Landespolizei um einen zusätzlichen Schwerpunkt «Menschenhandel» erweitert. Damit können Verdachtsfälle auch anonym bei der Landespolizei, welche neu zudem als «Nationale Meldestelle für Menschenhandel» in Liechtenstein fungiert, gemeldet werden.

Neben den internationalen Entwicklungen und ihren Auswirkungen in Liechtenstein sowie den internen Ressourcendiskussionen gestaltete sich auch die normale Polizeiarbeit als herausfordernd. So haben zahlreiche Einbruchsdiebstähle und Betäubungsmitteldelikte, Cyber- und Gewaltdelikte sowie zahlreiche aufwändige Betrugsermittlungen und spektakuläre Verkehrsunfälle die Landespolizei im Berichtsjahr intensiv beschäftigt. In den Kriminalitätsfeldern «Vermögen und Eigentum», «Gewalt» und «Betäubungsmittel» sind teilweise beträchtliche Zunahmen der Tatbestände im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Die Kriminalitätsbelastung insgesamt hat im Berichtsjahr denn auch um 4% auf 1'391 Straftatbestände zugenommen und damit den höchsten Stand seit zehn Jahren erreicht. Erfreulicherweise ist die Aufklärungsrate mit 69% dennoch auf gleich hohem Niveau geblieben.

Bei den Vermögens- und Eigentumsdelikten ist im dritten Jahr in Folge eine Zunahme der Delikte zu vermelden (+4%), wobei allein 35 Prozent mehr Einbruchsdiebstähle als im Vorjahr zu verzeichnen waren. Vor allem in den Sommermonaten musste eine eigentliche Einbruchsserie in Liechtenstein festgestellt werden. Für einen erheblichen Teil dieser Delikte zeichneten einerseits einheimische Jugendliche und andererseits reisende Täter verantwortlich. Ebenfalls zugenommen haben die Gewalttatbestände um 26%. Diese Erhöhung geht zulasten von Drohungen und Nötigungen, während Körperverletzungen leicht abgenommen haben. Ebenfalls mussten Ermittlungen wegen des Verdachts eines Tötungsdelikts geführt werden.



Die Straftatbestände nach dem Betäubungsmittelgesetz haben stark zugenommen. Es wurden um 64% mehr Betäubungsmitteldelikte registriert und 42% mehr Tatverdächtige verzeigt. Am meisten Verzeigungen gab es wegen Eigenkonsum. Leider waren im Berichtsjahr auch drei Drogentote zu verzeichnen.

Bei den Wirtschaftsdelikten ist nach einem absoluten Höchststand im Vorjahr ein leichter Rückgang der Delikte um 2% im Berichtsjahr zu verzeichnen. Grund hierfür ist eine Abnahme der Geldwäsche- und OK-Tatbestände. Dies ändert jedoch nichts an der weiterhin sehr hohen Auslastung der entsprechenden Einheit. Denn die Ermittlungen in Wirtschaftsstrafverfahren – teilweise mit inhaftierten Tatverdächtigen – machen die Auswertung umfangreicher Dokumente und Unterlagen notwendig, Geldflussanalysen müssen erstellt und unzählige Personen befragt werden. In den meisten Fällen sind zudem Rechtshilfeersuchen ins Ausland unerlässlich.

Die Delikte, die unter Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologie begangen wurden, haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 5% reduziert (2023: 163; 2022: 172). Während die Cyber-Betrugsfälle einen Zuwachs von 47% verzeichneten, sind die Anfragen im Kryptobereich um 51% zurückgegangen, was insgesamt zu einer leichten Reduktion in diesem Deliktbereich führte. Die Digitalisierung unseres Alltags wirkt sich dennoch direkt auf die Delikte-Phänomenologie aus: auch Kriminalität wird immer digitaler. Mit dieser Entwicklung Schritt zu halten bedeutet für die Landespolizei eine grosse Herausforderung. Nur ein kontinuierlicher Ausbau von Ressourcen und Expertise erlauben es der Landespolizei, die Strafverfolgung auch in einer digitalisierten Welt zu gewährleisten und keine rechtsfreien Räume zuzulassen.

Die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ) hat im Berichtsjahr nochmals um 25% mehr Notrufe entgegengenommen. Mit 9'165 Meldungen wurde ein neuer Höchststand erreicht. Am meisten Anrufe gingen über den internationalen Notruf 112 ein. An zweiter Stelle folgt der Polizeinotruf 117 gefolgt vom Sanitätsnotruf 144. Aufgrund der Notrufe wurden insgesamt 9'646 Einsätze disponiert.

Angesichts des breiten Aufgabenfeldes der Landespolizei ist die kontinuierliche Personalrekrutierung und Personalentwicklung gerade in Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels eine wachsende Herausforderung für die Polizeiführung. Nur so kann angesichts neuer Phänomene und Gefahren der polizeiliche Grundauftrag «Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der Strafverfolgung in Liechtenstein» auch erfüllt werden. Umso erfreulicher, dass im Berichtsjahr nach dem erfolgreichen Abschluss der zweijährigen Grundausbildung drei Polizisten und eine Polizistin in einem feierlichen Akt ins Korps der Landespolizei aufgenommen werden konnten. Gleichzeitig sind ein Aspirant und eine Aspirantin nach erfolgreichem Abschluss des ersten Ausbildungsjahrs an der Polizeischule Ostschweiz (PSO) im Herbst in das zweite Praxisausbildungsjahr bei der Landespolizei gestartet. Angeleitet von Praxisbegleitern werden sie in den Polizeialltag eingeführt und besuchen praktikumsbegleitend spezielle Ausbildungsblöcke. Nach bestandener Eidg. Berufsprüfung im Herbst 2024 werden sie dann ins Korps der Landespolizei aufgenommen. Gleichzeitig haben im Herbst des Berichtsjahres auch wieder eine Aspirantin und drei Aspiranten ihr erstes Ausbildungsjahr an der PSO begonnen.

Ebenfalls im Herbst haben vier Männer und zwei Frauen die sechsmonatige, berufsbegleitende interne Ausbildung zum Bereitschaftspolizisten bzw. zur Bereitschaftspolizistin begonnen. Die Bereitschaftspolizei als Milizeinheit ist ein unverzichtbares sicherheitspolizeiliches Unterstützungselement der Landespolizei. Sie ist eine wichtige Personalreserve bei Sicherheits- sowie Ordnungsdienstseinsätzen und wird auch zur Verstärkung des Schichtdienstes eingesetzt. Dank motivierten Mitarbeitenden, die sich zusätzlich auch noch bei der Ausbildung neuer Kollegen und Kolleginnen engagieren sowie einem Ausbildungsverantwortlichen, welcher die Koordinierungsfunktion übernimmt, kann die Landespolizei eine professionelle Betreuung und Ausbildung des Polizeinachwuchses gewährleisten.

Auch im Bereich Ausrüstung und mobiles Arbeiten hat sich bei der Landespolizei im Berichtsjahr einiges getan. So wird der Fahrzeugpark laufend mit Elektrofahrzeugen ergänzt, wo solche eine sinnvolle Alternative sind. Auch wurden für die beiden Sondereinheiten «Intervention» und «Drohnen» eigene Spezialfahrzeuge ausgerüstet, um die Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Gestützt auf den trilateralen Polizeikooperationsvertrag FL-A-CH konnte mit Österreich eine Vereinbarung im Bereich der Flugpolizei abgeschlossen werden. Damit hat die Landespolizei neu die Möglichkeit, bei operativem Bedarf den in Hohenems stationierten BMI-Helikopter anzubieten. Ebenfalls eine wichtige Neuerung ist die Ausbildung sämtlicher Polizisten und Polizistinnen am «Taser» (Elektroimpulsgerät). Damit ist sichergestellt, dass stets ein «Taser» im Aussendienst verfügbar ist. Der «Taser» ist ein wirksames Einsatzmittel mit erheblicher Präventivwirkung und im Anwendungsfall praktisch ohne Risiko einer tödlichen Verletzung für einen Angreifer - dies ganz im Unterscheid zu einem Schusswaffeneinsatz. Nichtsdestotrotz hat auch die Aus- und Weiterbildung an der Dienstwaffe einen hohen Stellenwert, weshalb der Schiesskeller im Polizeigebäude im Berichtsjahr erneuert und totalsaniert wurde.

Mit dem «Polizei Abfrage Portal PAP» hat die Landespolizei im Frühjahr eine zentrale Abfrägelösung in Betrieb genommen, die sowohl stationär wie erstmals auch mobil eine alphanumerische und später auch biometrische Abfrage sämtlicher europäischen und nationalen polizeirelevanten Datenbanken erlaubt. Die Inbetriebnahme hatte sich verzögert, da die Einführung des neuen Schengener Informationssystems «SISrecast» wegen technischer Probleme in einzelnen Schengen-Mitgliedstaaten verschoben werden musste.

Im Mai wurde ein IT-Systemlieferant der Landespolizei Opfer eines Ransomware-Angriffs, bei dem sämtliche Daten verschlüsselt und im Darknet veröffentlicht wurden. Auch Daten der Landespolizei, die der Systemlieferant bei sich abgespeichert hatte, waren von der Veröffentlichung im Darknet betroffen. Die Landespolizei hat unverzüglich die notwendigen Massnahmen ergriffen, um den Schaden für die vom Datendiebstahl betroffenen Personen zu minimieren und die polizeieigenen Systeme vor möglichen Folgeschäden zu schützen. Die Zusammenarbeit mit dem Systemlieferanten wurde erst Ende Jahr wieder aufgenommen, nachdem ein Audit im Auftrag des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit der Schweiz ein positives Resultat gezeitigt hatte. Als Lehre aus dem Ereignis hat die Landespolizei eine Reihe von technischen und organisatorischen Massnahmen umgesetzt bzw. geplant. So soll beispielsweise als direkte Konsequenz aus diesem Vorfall die Funktion eines Verantwortlichen für Informationssicherheit oder in Neudeutsch ein «Information Security Officer» bei der Landespolizei geschaffen werden.

Die UN hat den 7. September zum Tag der «Internationalen Polizeizusammenarbeit» erklärt. Aus diesem Anlass lud der Polizeichef die Direktorin des Schweizerischen Bundesamts für Polizei und den Österreichischen Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit zu einem trilateralen Polizeicheftreffen nach Liechtenstein ein. Im Mittelpunkt des Treffens standen Themen der regionalen wie auch der internationalen Polizeizusammenarbeit. Auf Einladung der Schweiz und Österreichs trat Liechtenstein im Berichtsjahr zudem der Mitteleuropäischen Polizeiakademie MEPA bei. Damit haben Mitarbeitende der Landespolizei nicht nur die Möglichkeit Ausbildungsangebote der EU-Ausbildungsagentur CEPOL zu nutzen, sondern neu auch an Kursen in den MEPA-Mitgliedsstaaten teilzunehmen bzw. dort Stages zu absolvieren. Die Landespolizei fungiert dabei als «Nationale Verbindungsstelle» zu den anderen MEPA-Mitgliedsstaaten.

Das Berichtsjahr war aber auch noch in «eigener Sache» ein ganz besonderes Jahr. Denn die Landespolizei bzw. das «Fürstlich Liechtensteinische Sicherheitskorps» wie die Landespolizei bis zum Inkrafttreten des neuen Polizeigesetzes im Jahr 1989 hiess, konnte ihr 90-jähriges Bestehen begehen. Aus diesem Anlass wurde im Rahmen einer kleinen Feier im Polizeigebäude eine Fotogalerie mit den Portraits der ehemaligen Polizeichefs eingeweiht. Zum feierlichen Akt waren die noch lebenden Alt-Polizeichefs eingeladen.



## 2 Personalbestand

Die Landespolizei verfügt im Berichtsjahr über einen Sollbestand von 134 zzgl. zwei Überhangstellen (exkl. Landesgefängnis). Davon waren per Ende des Berichtsjahres insgesamt 127.3 Stellen (exkl. Landesgefängnis) besetzt (2022: 126.8): 85.5 Stellen von Polizisten und Polizistinnen mit hoheitlichen Funktionen, 19.0 Stellen von zivilen Mitarbeitenden mit Polizeifunktionen (Kriminaltechnik, IPK, DK, etc.) und 22.8 Stellen von Verwaltungsangestellten. Zudem befinden sich seit Oktober 2022 zwei respektive seit Oktober des Berichtsjahres vier Polizeiaspiranten und -aspirantinnen in Ausbildung, die bei erfolgreichem Abschluss der zweijährigen Grundausbildung im Herbst 2024 bzw. 2025 ins Korps aufgenommen werden. Unterstützt wurde die Landespolizei durch 32 Bereitschaftspolizisten und -polizistinnen. Sechs weitere sind derzeit in Ausbildung und werden im April 2024 vereidigt. Beim Landesgefängnis waren 6.0 Stellen mit Vollzugsbeamten besetzt.

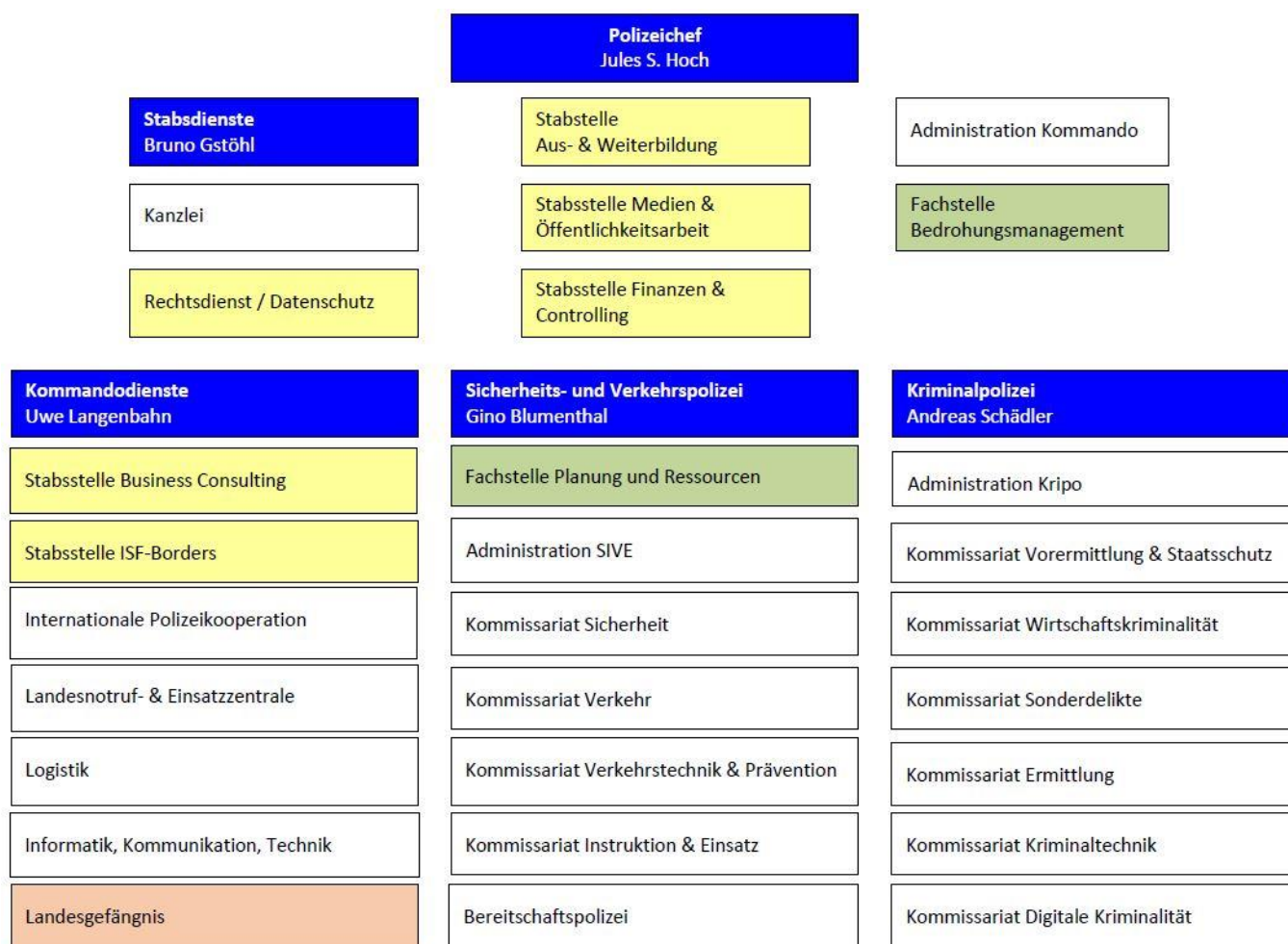


Abb.: Organigramm der Landespolizei



### 3 Aus- und Weiterbildung

Die interne wie externe Aus- und Weiterbildung geniesst in der Landespolizei einen hohen Stellenwert. Polizistinnen und Polizisten absolvierten im Berichtsjahr wieder verschiedene berufsbezogene Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Führung sowie zu sicherheits- bzw. kriminal- und verkehrspolizeilichen Themen. Die Mitarbeitenden der Landespolizei absolvierten diese Weiterbildungen vor allem beim Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI), bei befreundeten Kantonspolizeikörpern sowie themenbezogen auch bei polizeilichen Ausbildungseinrichtungen in der Schweiz, Österreich und Deutschland.

Englischkenntnisse sind auch für Polizeiangehörige in Liechtenstein im Berufsalltag unverzichtbar. Aus diesem Grund hat die Landespolizei ein Kursangebot «Polizei-Englisch» geschaffen, um berufsspezifische Englischkenntnisse zu vermitteln. In Zusammenarbeit mit einem Englischlehrer, der auch bei einem Schweizer Polizeikörper Kurse gibt, werden mehrere Klassen in unterschiedlichen Leistungstärken unterrichtet. Das Angebot, das von den Teilnehmenden in der Freizeit genutzt wird, ist auf ein erfreulich breites Interesse gestossen, so dass es auch im kommenden Jahr fortgesetzt wird.

### 4 Landesnotruf- und Einsatzzentrale

Die Landespolizei ist während 365 Tagen im Jahr 24 Stunden im Dienst. Dies gilt auch für die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ), die zur «Kritischen Infrastruktur» in Liechtenstein zählt. Rund um die Uhr sind zwei Einsatzdisponenten und -disponentinnen im Dienst, nehmen sämtliche Polizei-, Sanitäts- und Feuerwehrnotrufe entgegen, leiten die nötigen Sofortmassnahmen ein und disponieren die Einsatzkräfte.

Im Berichtsjahr wurden über die Notrufnummern 112 (internationaler Notruf), 117 (Polizeinotruf), 118 (Feuerwehrnotruf) sowie 144 (Sanitätsnotruf) insgesamt 9'165 Meldungen entgegengenommen (2022: 7'314). Dies bedeutet einen Anstieg um 25%. Der grösste Teil der Anrufenden wählte den internationalen Notruf 112, gefolgt vom Polizeinotruf 117 und dem Sanitätsnotruf 144. Aus den eingegangenen Meldungen wurden insgesamt 9'646 Einsätze (Polizei 6'858; Sanität 2'531; Feuerwehr 257) disponiert, was einen erheblichen Anstieg darstellt (2022: 8'065). Gesamthaft sind dies durchschnittlich 26 disponierte Einsätze pro Tag.



## 5 Anonymes Hinweisgebersystem

Die Landespolizei hat im April 2020 eine mit modernster Technik gesicherte Hinweisgeberplattform zur Abgabe von offenen sowie auch anonymen Verdachtsmeldungen zu den Schwerpunkten Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung, Wirtschaftsdelikte und Korruptionsdelikte eingeführt. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation, insbesondere im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, wurde das Hinweisgebersystem im August 2023 um den zusätzlichen Schwerpunkt «Menschenhandel» erweitert. Die Landespolizei fungiert seither als Nationale Meldestelle für Menschenhandel in Liechtenstein.

Bei der Nutzung des Hinweisgebersystems werden keine IP-Adressdaten, Zeitstempel oder sonstige Metadaten protokolliert. Sofern die Hinweisgebenden ihren Namen bei der Meldungsabgabe nicht angeben, erfolgt die Kommunikation – technisch sichergestellt – völlig anonym. Durch das Einrichten eines eigenen, geschützten Postkastens kann zudem mit spezialisierten Mitarbeitenden der Kriminalpolizei über das System kommuniziert werden.

Im Zeitraum von Januar bis Dezember des Berichtsjahres wurden insgesamt 651 Zugriffe auf die Hinweisgeberplattform registriert. Dabei sind 22 Verdachtsmeldungen erstattet worden, welche durch die auf Korruptionsdelikte spezialisierten Mitarbeitenden bearbeitet wurden (13 im Bereich Wirtschaftsdelikte, acht im Bereich Geldwäscherei und eine im Bereich Menschenhandel). In drei Fällen erfolgte eine Berichterstattung an die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft und in zwei Fällen wurde daraufhin ein Strafverfahren eröffnet. Die anonymen Hinweise werden weiterhin mit der gebotenen Zurückhaltung beurteilt. Sind diese pauschal, substanzlos oder unschlüssig führen sie weder zu Ermittlungen noch zu irgendwelchen Zwangsmassnahmen.

## 6 Fachstelle Bedrohungsmanagement

Per 1. Januar 2023 wurde die Fachstelle Bedrohungsmanagement (FBM) um 80 Stellenprozent erweitert und weitere Aufgaben in die Abteilung integriert. Dabei handelt es sich neben bereits bestehenden polizeipsychologischen Tätigkeiten und der Peer-Koordination insbesondere um die operative Leitung der Verhandlungsgruppe sowie einen verstärkten Landespolizei-internen Fachsupport (beispielsweise bei psychisch auffälligen Personen mit komplexen Helfersystemen). Diese Fälle werden zu Dokumentationszwecken unter dem Sammelbegriff «Fachsupport» bearbeitet und scheinen somit im Berichtsjahr erstmals als eigene Kategorie in der Übersicht auf. Ebenso fungiert die FBM nach wie vor als polizeiinterne Koordinierungsstelle «Häusliche Gewalt».

Wie auch im Vorjahr fand ein intensiver Austausch insbesondere mit Schweizer Stellen sowohl im Einzelfallmanagement als auch im Rahmen der neu gegründeten Schweizer Arbeitsgruppe «Kantonales Bedrohungsmanagement» statt, in welcher die Fachstelle das Ostschweizer Polizeikonkordat zusammen mit dem Bedrohungs- und Risikomanagement der Kantonspolizei St. Gallen vertritt.

Weiter vertrat die Fachstelle Bedrohungsmanagement die Landespolizei in der liechtensteinischen Delegation zur vierten Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) Liechtensteins durch den UNO-Menschenrechtsrat, welche am 9. Mai 2023 in Genf stattfand.

Im Berichtsjahr ergingen 115 (2022: 62) Meldungen an die FBM. Bei 22 Eingängen (2022: 12) handelte es sich um Wiederaufnahmen bereits abgeschlossener Fälle, neun Anfragen (2022: 7) wurden als anonyme Verhaltensberatung durchgeführt. In 24 Fällen leistete die Fachstelle internen Fachsupport, wobei kein direkter Bezug zum Bedrohungsmanagement bestand. Die Meldungseingänge lassen sich wie folgt kategorisieren:

<b>Kategorien erhöhter Gewaltbereitschaft</b>	<b>2023</b>	<b>2022</b>
Häusliche Gewalt	26	22
Bedrohliches Verhalten gegenüber einer Behörde/Institution	17	16
Psychische Auffälligkeit	19	12
Bedrohliches Verhalten allgemein	12	4
Bedrohliches Verhalten am Arbeitsplatz	9	3
Extremismus	1	2
Stalking	5	2
Sexuelle Gewalt	2	1
<i>Fachsupport</i>	24	0

Wie im Vorjahr betrafen die meisten Anfragen Konflikte im häuslichen Bereich, gefolgt von einer leicht gestiegenen und nach wie vor hohen Anzahl von Personen, die ein erhöhtes Gewaltpotential in unmittelbarem Zusammenhang mit einer psychischen Störung aufweisen. Eine deutliche Zunahme ist bei Personen zu verzeichnen, welche allgemein bedrohliches Verhalten zeigten. Hierbei handelte es sich primär um kurze Abklärungen nach externen Anfragen bzw. Meldungseingängen, bei welchen keine ausreichende Grundlage für ein weiteres Fallmanagement durch die FBM erkannt wurde.

Die Massnahmen der Fachstelle Bedrohungsmanagement umfassen nach einer Situationserhebung und Erstbeurteilung primär die Verhaltensberatung von Betroffenen. In vielen Fällen konnte eine Deeskalation bewirkt und eine Entlastung der Betroffenen erreicht werden. Wenn angezeigt, führte die Fachstelle zudem eine Gefährderansprache durch, um deren Sichtweise zu erheben und Hilfestellungen zum Ausstieg aus der Konfliktspirale anzubieten. Sowohl Betroffene als auch Störer und Störerinnen profitierten in vielen Fällen von Triagen an zuständige Stellen, die sie in der Problemlösung unterstützen und bei zunehmenden Belastungen frühzeitig intervenieren können. Die Fachstelle behält hierbei gerade in komplexen und mittel- bis längerfristigen Konfliktsituationen eine Koordinationsfunktion.

### **6.1. Häusliche Gewalt**

Insgesamt gingen 251 Meldungen (2022: 164) im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt bzw. Konflikten bei der Landespolizei ein. In 69 Fällen (2022: 41) kam es dabei zu einer Anzeigerstattung an die Staatsanwaltschaft. Der deutliche Anstieg der Eingänge kann primär damit erklärt werden, dass in einzelnen Konstellationen aufgrund einer hohen Konfliktdynamik zahlreiche Meldungen an die Landespolizei erfolgten: 136 der 251 Meldungseingänge betrafen Personen, die aufgrund häuslicher Konflikte wiederholte Interventionen der Landespolizei notwendig machten.

Es wird zwischen körperlicher (2023: 32, 2022: 24), seelischer (2023: 213, 2022: 129) d.h. beispielsweise verbale Streitigkeiten, Erniedrigung ohne Deliktscharakter, sexueller (2023: 5, 2022: 4) und wirtschaftlicher Gewalt (2023: 1; 2022: 7), d.h. beispielsweise Vorenthalten eigener finanzieller Mittel, unterschieden. Hinsichtlich Opfer-Täter-Beziehung handelte es sich in 153 Fällen (2022: 61) um Konflikte in bestehenden und in 39 Fällen (2022: 62) um ehemalige Beziehungen. 41 (2022: 33) Meldungen betrafen generationenübergreifende Gewalt im häuslichen Bereich, in 18 Fällen (2022: 8) wurde eine verwandtschaftliche Beziehung (beispielsweise Geschwister) festgestellt.

Die involvierten Personen von Fällen häuslicher Gewalt im Überblick:

	2023	2022
Täter männlich	75	41
Täter weiblich	6	17
Opfer männlich	2	11
Opfer weiblich	19	39
Täter jugendlich	1	3
Opfer jugendlich (davon 2 nicht unmittelbar involviert)	4	24
Kinder (<14 Jahre) (davon 14 nicht unmittelbar involviert)	91	60
Beteiligte männlich (bei Vorfällen ohne klare Täter- /Opferrolle, z.B. Streitigkeiten)	33	114
Beteiligte weiblich (bei Vorfällen ohne klare Täter- /Opferrolle, z.B. Streitigkeiten)	30	105

*Bemerkung: Die Zahlen beziehen sich auf die jeweiligen Meldungseingänge, sodass Mehrfachnennungen (bei wiederholten Interventionen) möglich sind.*

Insbesondere bei verbalen Streitigkeiten oder anderen Vorkommnissen ohne Straftatbestände wurde auf eine Einordnung in Täter- oder Opferrollen verzichtet und die involvierten Personen lediglich als «Beteiligte» erfasst.

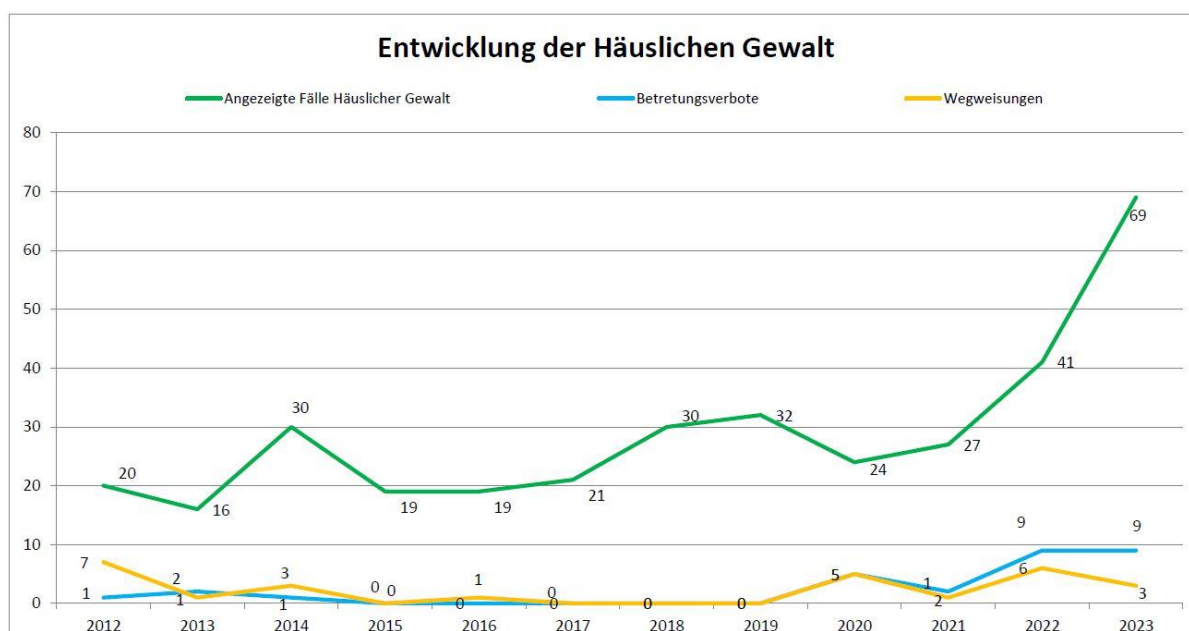
Die Massnahmen der Landespolizei im Überblick:

	2023	2022
Deeskalierendes Gespräch	221	105
Triage / Vermittlung weiterer Hilfen (v.a. Amt für Soziale Dienste)	72	89
Aufbieten anderer Hilfen vor Ort (v.a. Kriseninterventions- team, Notarzt)	36	33
Polizeiliche Wegweisung	3	6
Betretungsverbot	9	9
Polizeigewahrsam	0	1
Gefährderansprache FBM	4	10



Das hohe Konfliktpotential im häuslichen Bereich mit nach wie vor ausgeprägtem Beratungs- und Betreuungsbedürfnis war auch im Berichtsjahr zu beobachten. So rückte die Landespolizei in vielen Fällen aus, ohne dass sich vor Ort eine polizeiliche Zuständigkeit ergab, sondern vielmehr durch deeskalierende Gespräche, Informationsabgabe zu möglichen Unterstützungsangeboten und rechtliche Auskünfte die Situation beruhigt wurde.

Weiter leistete die Fachstelle Bedrohungsmanagement in ihrer Funktion als polizeiinterne Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt ihren Beitrag bei den Länderbesuchen der Expertengruppe für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (GREVIO) sowie der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (European Commission against Racism and Intolerance, ECRI).



## 7 Sicherheit

### 7.1. Grundversorgung

Die Sicherheits- und Verkehrspolizei ist für die polizeiliche Grundversorgung zuständig und steht mit einem Schichtdienst rund um die Uhr im Einsatz. Bei sämtlichen Notrufen und Unfallmeldungen rückt die Sicherheits- und Verkehrspolizei zur Erstintervention vor Ort aus. Dabei decken die Mitarbeitenden ein breites Spektrum von Einsätzen ab: Verkehrsunfälle, Arbeitsunfälle, Häusliche Gewalt, Alarm- und andere sicherheitspolizeiliche Ausrückungen (z.B. Suizidankündigungen, Vermisstmeldungen etc.), Einbruchsdelikte und Diebstähle, Sachbeschädigen, Körperverletzungen sowie Straftaten und Widerhandlungen gegen das Nebenstrafrecht (Waffenrecht, Umweltrecht u.a.).

#### 7.1.1. Ordnungs- und Sicherheitsdiensteinsätze

Die Landespolizei hatte im Berichtsjahr 34 Ordnungsdiensteinsätze bei Fussballspielen (2022: 27). Im Rahmen des Ostpol-Konkordats bzw. der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) leistete die Landespolizei acht Ordnungsdiensteinsätze in der Schweiz (z.B. WEF).

Insgesamt wurden 43 spezielle Sicherheitsdienste (Fussballspiele, Assistenzeinsätze der Interventionseinheit, etc.) geleistet und damit 36 weniger als im Vorjahr (2022: 79).

<b>Sicherheitspol. Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)</b>	<b>2023</b>	<b>2022</b>
Ordnungsdiensteinsätze im Inland	34	27
Ordnungsdiensteinsätze im Ausland	8	6
Einsätze Sicherheitsdienst	43	79
Einsätze der Interventionseinheit	18	10
Einsätze Personenschutz	17	17

Die Einsätze der Sondereinheit IVE erhöhten sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr. So wurden 18 Einsätze mit hohem Gefährdungspotential registriert. Im Bereich Personenschutz waren 17 Einsätze zu verzeichnen. Hierzu gehörten auch Einsätze bei internationalen Konferenzen und bei Staatsbesuchen.

## **8 Verkehr**

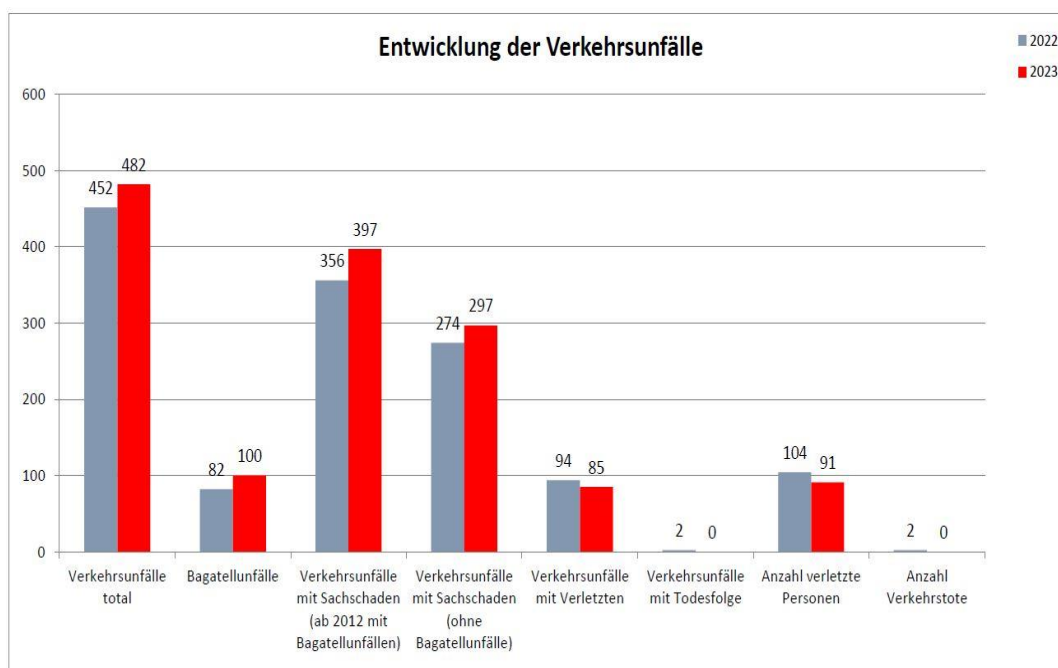
### **8.1. Verkehrsunfälle**

Die Anzahl Verkehrsunfälle erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 7% (2023: 482, 2022: 452). Die Unfälle mit Verletzten verringerten sich jedoch um neun auf 85 (2022: 94). Die Anzahl der dabei verletzten Personen nahm entsprechend um 9% auf 91 ab (2022: 104). Davon verletzten sich 20 Personen schwer. Im Berichtsjahr gab es keine Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang.

Bei einem Drittel der Verkehrsunfälle mit Sachschaden lag ein Nichtgenügen der Meldepflicht vor. Insgesamt konnten 40% der Tatverdächtigen durch die Landespolizei ermittelt werden. 87% aller Verkehrsunfälle fanden innerorts statt, nur 62 Unfälle wurden auf Strassen ausserorts registriert.

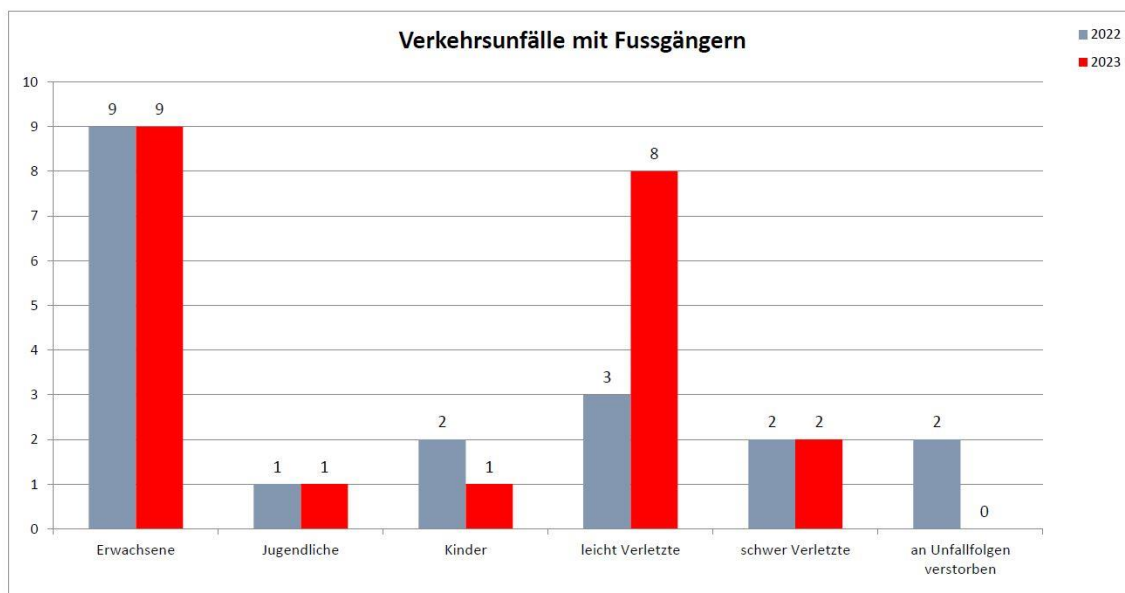
Die Anzahl der Unfälle wegen Fahruntüchtigkeit war im Berichtsjahr leicht rückläufig (2023: 41, 2022: 46). Darunter fallen Unfälle, die wegen Alkohol-, Drogen- oder Medikamentenkonsum und Übermüdung verursacht wurden.

Verkehrsunfallstatistik	2023	2022
Verkehrsunfälle total (inkl. Nichtgenügen der Meldepflicht)	482	452
davon Unfallort innerorts	420	389
davon Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang	0	2
dabei Verkehrstote	0	2
davon Verkehrsunfälle mit Verletzten	85	94
dabei verletzte Personen	91	104
davon Verkehrsunfälle mit Sachschaden (inkl. Bagatellunfälle, Parkschäden und Kollisionen mit Tieren)	397	356
davon Nichtgenügen der Meldepflicht	135	116
davon Täter ermittelt	40%	60%



### 8.1.1. Verkehrsunfälle mit Fussgängern

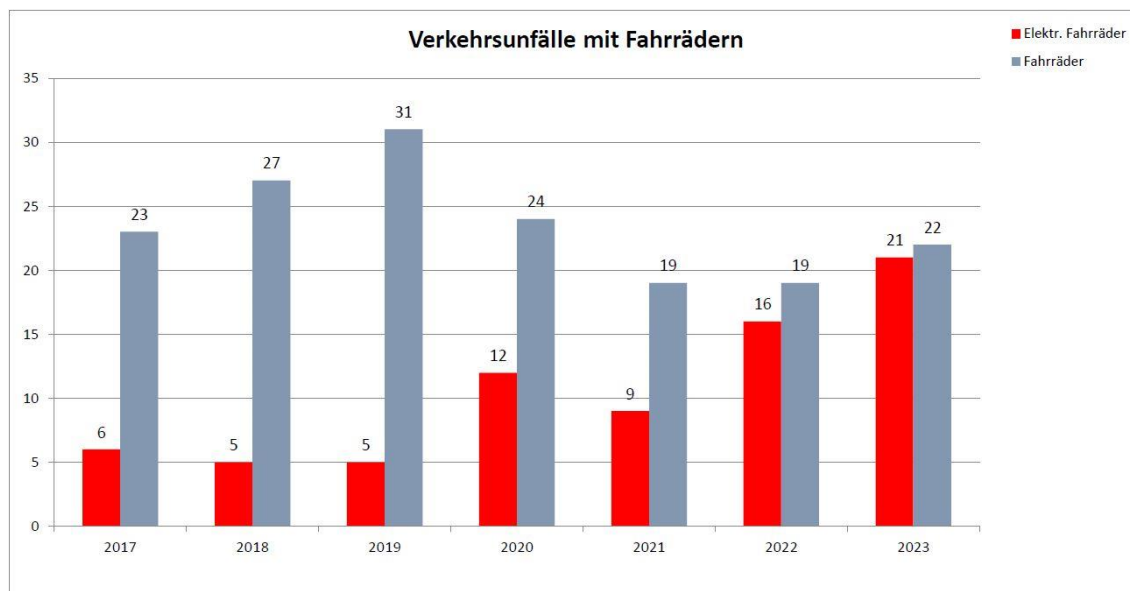
Die Verkehrsunfälle mit Fussgängern sind im Berichtsjahr leicht rückläufig. Mit elf Unfällen wurde einer weniger verzeichnet als 2022. Je ein Kind und eine jugendliche Person waren in die Unfälle involviert. Acht Unfallbeteiligte wurden leicht und zwei schwer verletzt.



### 8.1.2. Verkehrsunfälle mit Fahrrädern oder E-Bikes

Die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Fahrrädern oder E-Bikes ist im Vergleich zum Vorjahr um acht angestiegen (2023: 43, 2022: 35).

Das Fahren eines E-Bikes ist mit einem erhöhten Risiko verbunden, da die Verkehrsteilnehmenden sowie die E-Biker selbst die Geschwindigkeit und den längeren Bremsweg oftmals unterschätzen.



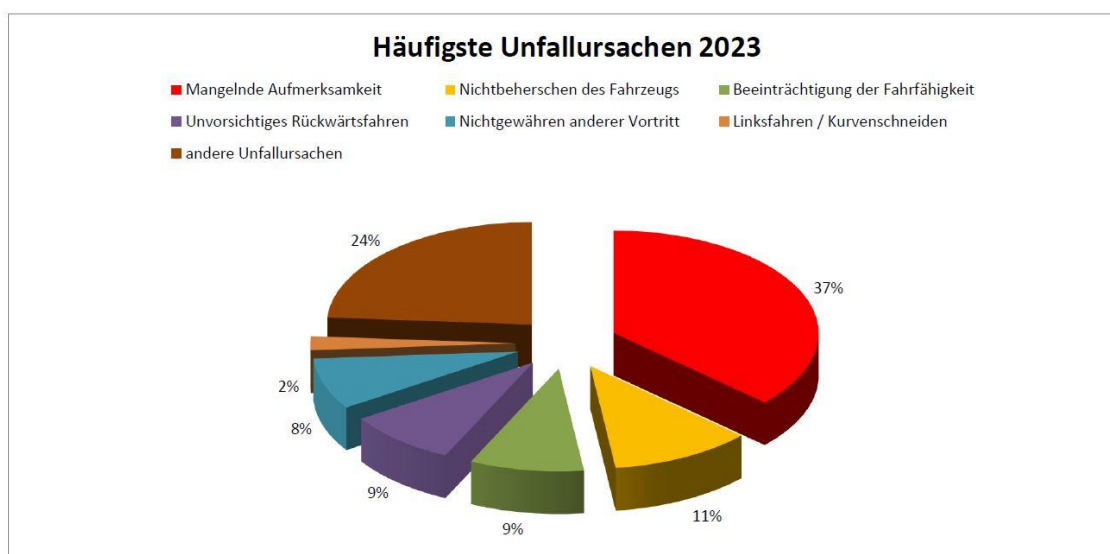
## 8.2. Unfallursachen

Wie bereits in den vergangenen Jahren war auch im Berichtsjahr wieder mangelnde Aufmerksamkeit die Hauptunfallursache auf Liechtensteins Strassen. Mehr als ein Drittel aller Unfälle werden durch Ablenkung des Fahrzeuglenkers – sei dies durch die Umwelt, Mitfahrer oder Mobiltelefone – verursacht.



Weitere Unfallursachen waren das Nichtbeherrschen des Fahrzeugs (11%), die Beeinträchtigung der Fahrfähigkeit durch Alkohol, Drogen, Medikamente oder Übermüdung (9%), das unvorsichtige Rückwärtsfahren (9%) sowie das Nichtgewähren eines Vortrittsrechts (8%).

In die Rubrik andere Unfallursachen (24%) fallen unter anderem ungenügender Abstand, Nichtbeachten von Signalen, unvorsichtiger Spurwechsel, Fahrzeugmängel oder Fehlverhalten von Fussgängern.



### 8.3. Verkehrsprävention

Der Schwerpunkt in der Verkehrssicherheit lag im Berichtsjahr wiederum auf der Präventionsarbeit. So erteilten die beiden Verkehrsinstruktoren der Landespolizei insgesamt 189 Lektionen Verkehrsunterricht in Kindergartenklassen, Primarschulen, der Heilpädagogischen Tagesstätte sowie der Waldorfschule und der Formatio Privatschule. Praktische Erfahrungen konnten die Schüler und Schülerinnen in der Verkehrsschulungsanlage in Schellenberg machen und das korrekte Verhalten im Strassenverkehr als Radfahrende üben.

Zusätzlich zu diesen Unterrichtseinheiten war auch im Berichtsjahr der Bereich Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung zentral. So war die Landespolizei an stark frequentierten Kreuzungen, Kreiseln und Strassen mit Baustellen präsent und unterstützte die jüngsten Verkehrsteilnehmenden auf ihrem Schulweg. Insgesamt wurden in diesem Bereich 434 Einsätze geleistet, was einen Anstieg zum Vorjahr (2022: 250) bedeutet. Dieser Anstieg begründet sich damit, dass diesen Bereichen mehr Augenmerk geschenkt wurde, um Unfälle zu verhindern.

Das Hauptaugenmerk der Geschwindigkeitskontrollen liegt auf der Überwachung der Schulwege und dient der Verkehrsberuhigung auf exponierten Strassenabschnitten. Zudem ersuchen Gemeinden sowie Anwohner und Anwohnerinnen die Landespolizei vermehrt auch um Verkehrsüberwachungen wegen Baustellenumleitungen in Wohnquartieren. Bei der Landespolizei sind dafür insgesamt fünf Verkehrsüberwachungsanlagen im Einsatz (ein mobiles sowie vier in den beiden semistationären

Geschwindigkeitsüberwachungssystemen). Im Berichtsjahr fiel erfreulicherweise keine Überwachungsanlage aus technischen Gründen aus, so dass die Anzahl der Betriebstage höher als im Vorjahr ausfällt (2023: 2389, 2022: 2088). Im Vergleich zum Vorjahr um 5% gesunken ist hingegen die Anzahl der ausgestellten Ordnungsbussen (2023: 33'354, 2022: 34'986). Dies deshalb, weil die Anlagen im Berichtsjahr länger am gleichen Standort betrieben wurden. Nach einer bestimmten Standzeit der Anlage tritt die beabsichtigte Verhaltensänderung (korrekte Geschwindigkeit) ein und die Anzahl der Übertretungen nimmt ab. Der Grund für die verlängerten Standzeiten lag bei personellen Engpässen.

Die Rechtshilfeersuchen ausländischer Amtsstellen wegen Strassenverkehrsdelikten stieg im Berichtsjahr um 3% auf 352 an.

#### 8.4. Verkehrskampagnen und Kontrollen

Zusammen mit der Kommission für Unfallverhütung wurde die Bevölkerung auch im Berichtsjahr wieder zu den unterschiedlichsten Themen sensibilisiert.

Eine Auswahl der Kampagnen:



#### #streetfluencer



Die Kampagne #streetfluencer sensibilisiert für die mangelnde Aufmerksamkeit im Strassenverkehr



Diese Kampagne weist die Fahrzeuglenker auf die Wichtigkeit der Anschnallpflicht hin.



Das Thema der besseren Sichtbarkeit von Fussgängern oder Radfahrern in der Dämmerung bzw. der Dunkelheit war auch im Berichtsjahr wieder Thema einer Kampagne.

#### Blickkontakt schafft



Mit der Botschaft «Blickkontakt schafft Klarheit» liefert die Kampagne eine klare und einfach umsetzbare Handlungsanweisung, um die Sicherheit zu verbessern.

### 9 Kriminalität

Bei der polizeilichen Kriminalstatistik handelt es sich um eine «Anzeigenstatistik». Sie beinhaltet Zahlen und Grafiken aller angezeigten Straftaten mit Tatort Liechtenstein, die in der Falldatenbank der Landespolizei erfasst werden. Diese umfassen Gesetze wie das Liechtensteiner Strafgesetzbuch (StGB), das Betäubungsmittelgesetz (BMG), das Ausländergesetz (AUG) sowie weitere Gesetze des Nebenstrafrechts (Strafbestimmungen der Verwaltungsgesetze).

Die Kriminalstatistik widerspiegelt das Kriminalitäts-Hellfeld in Liechtenstein. Daneben muss jedoch auch ein Dunkelfeld angenommen werden. Somit stelle die vorliegende Kriminalstatistik lediglich eine Annäherung an die tatsächliche Kriminalitätssituation in Liechtenstein dar. Um eine aussagekräftigere Beurteilung der Kriminalitätssituation und Kriminalitätsentwicklung zu ermöglichen, wird eine «Interpretierte Kriminalstatistik» publiziert (vgl. 9.7. und 9.8.).

## 9.1. Gesamtkriminalität und Aufklärungsquote

Bei der Anzahl Straftatbestände nach dem Strafgesetzbuch gab es im Berichtsjahr einen Anstieg um vier Prozent zum Jahr 2022. So wurden im Berichtsjahr 1'391 Straftaten registriert, während es 1'332 im Jahr 2022 waren. Im Zehn-Jahres-Vergleich liegt die Kriminalitätsbelastung 2023 somit höher als die jährliche Spannbreite von 1'000 bis 1'200 Straftatbeständen und hat den höchsten Stand seit 10 Jahren erreicht.

Die Aufklärungsrate ist im Berichtsjahr mit 69% gleichgeblieben wie im Jahr 2022. Dies stellt auch im internationalen Vergleich einen guten Wert dar.

Bei der Berechnung der Aufklärungsquote werden nebst den Tatbeständen des Strafgesetzbuches auch diejenigen des Betäubungsmittelgesetzes berücksichtigt.



### 9.1.1. Tatverdächtige

Im Berichtsjahr setzten 544 Personen Tatbestände nach dem Strafgesetzbuch. Das sind so viele, wie im Jahr zuvor. Die Verteilung der Nationalitäten gleicht jener des Vorjahres. 2023 hatten insgesamt 28% der ermittelten Tatverdächtigen die Liechtensteiner Staatsbürgerschaft, während die restlichen 72% über eine ausländische Staatsbürgerschaft verfügten. Wie bereits in den vergangenen Jahren war auch der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen geringer als jener der männlichen. Lediglich bei 20% der Tatbestände wurden Frauen als Tatverdächtige ermittelt.

## 9.2. Jugendgewalt

Im Berichtsjahr wurden 44 (2022: 31) minderjährige Tatverdächtige ermittelt, welche insgesamt 61 Gewalttatbestände zu verantworten haben. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 16 erhöht (2022: 45).

38 der Tatverdächtigen waren männlichen Geschlechtes. 21 Tatverdächtige haben das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht, die restlichen 23 waren im Alter von 14 bis 18 Jahren. Diebstahl durch Einbruch oder mit Waffen machten den grössten Teil der Tatbestände aus, gefolgt von Sachbeschädigungen.

Betrachtet man die Nationalität der minderjährigen Tatverdächtigen, so zeigt sich, dass im Berichtsjahr 57% der Tatverdächtigen die Liechtensteiner Staatsbürgerschaft hatten.

## 9.3. Rechte Gewalt

Wie in den Jahren zuvor kann auch das Jahr 2023 im Bereich des Rechtsextremismus als ruhiges Jahr bezeichnet werden. Seit vielen Jahren sind in Liechtenstein weder grössere Gewaltvorfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit rechtsextremem Hintergrund zu verzeichnen.

## 9.4. Alpinpolizei

Im Berichtsjahr wurde die Alpinpolizei zu vier Einsätzen aufgeboten (2022: 6). Ein Einsatz betraf einen Skiunfall in Malbun, bei welchem zwei Skifahrer auf der Piste «Täli» kollidierten und sich teils schwere Verletzungen zuzogen. Im Bereich des Flugsports ereignete sich ein Gleitschirmunfall auf dem Augstenberg, bei welchem sich der Pilot schwer verletzte. Ein Wanderunfall ereignete sich im Bereich Augstenberg-Pfälzerhütte, bei welchem ein Wanderer tödlich verunglückte. Bei einem weiteren Wanderunfall stürzte eine Person im Bereich Oberplanken ab und verletzte sich. Weitere Einsätze standen in Verbindung mit der Disponierung von Partnerorganisationen der Landespolizei, bei welchen es insbesondere um Wanderer ging, die erschöpft waren und nicht mehr weiterkamen oder sich verirrt hatten. Weiters war die Alpinpolizei bei einem Einsatz anlässlich eines Felssturzes am Fürstensteig eingebunden.

## 9.5. Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten

Mit 69 im Berichtsjahr durchgeführten Hausdurchsuchungen im Auftrag des Landgerichts sowie die freiwilligen Hausnachschaun hat sich deren Anzahl im Vergleich zum Vorjahr um fünf reduziert (2022: 74). Telefonüberwachungsmassnahmen bzw. Internetüberwachungen im Auftrag des Landgerichts wurden im Berichtsjahr keine durchgeführt. Die Anzahl der Fälle mit Observationsmassnahmen ist mit drei gleichgeblieben wie im Vorjahr.

Die Anzahl an Personen, welche rückgeführt bzw. ausgeliefert werden mussten, belief sich 2023 auf 33 (2022:48). Aufgrund negativer Asylentscheide wurden 30 in ihr Heimatland oder in einen Dublin-Staat zurückgeführt. Aufgrund eines internationalen Haftbefehls wurden 3 Personen an bzw. von Liechtenstein ausgeliefert.

Mit 86 Personen gab es bei den erkennungsdienstlich behandelten Personen (Fingerabdrücke, Foto, Wangenschleimhautabstrich) 2023 einen leichten Anstieg (2022: 83).

Die Anzahl der Datensicherungen von Mobiltelefonen, Computern und anderen IT-Geräten ist mit 205 (2022: 220) etwas gesunken.

Die Anzahl der aussergewöhnlichen Todesfälle (Suizide, Leichenfund etc.) ist gleichgeblieben. So wurden im Berichtsjahr erneut 16 Fälle (2022: 16) registriert. Bei einem dieser aussergewöhnlichen Todesfälle handelte es sich um einen Suizid. Im Berichtsjahr waren auch drei Drogentote zu verzeichnen.

<b>Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)</b>	<b>2023</b>	<b>2022</b>
Hausdurchsuchungen / freiwillige Hausnachschaun	69	74
Telefon-/ Internetüberwachungen	0	0
Observationen	3	3
Ausschaffungen/ Auslieferungen (Anzahl Personen)	33	48
Erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen	86	83
Datensicherungen	205	220
Aussergewöhnliche Todesfälle	16	16

## 9.6. Kriminalprävention

Die Landespolizei ist nicht nur repressiv in der Strafverfolgung tätig, sondern in beschränkten Rahmen auch in der Kriminalprävention. So vermittelt die Landespolizei der Gesamtbevölkerung wie auch speziellen Risikogruppen Informationen, um zu verhindern, dass diese Opfer von Straftaten (Viktimisierung) oder aber selbst zu Tätern werden. Letzteres ist vor allem bei der Drogenprävention bei Jugendlichen der Fall.

Informationsmaterial zu unterschiedlichen Bereichen der Kriminalprävention kann bei der Landespolizei bezogen oder von der Homepage [www.landespolizei.li](http://www.landespolizei.li) heruntergeladen werden.

Die für den Präventionsauftrag verfügbaren Ressourcen sind sehr begrenzt, weshalb Anfragen wegen Vorträgen und der Teilnahme an Präventionsveranstaltungen sehr zurückhaltend beantwortet werden.

## 9.7. Kriminalstatistik

Um die Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung in Liechtenstein zu erleichtern, wird seit dem Jahr 2007 eine interpretierte Kriminalstatistik publiziert, in der mehrere Tatbestände zu Deliktgruppen und diese zu Kriminalitätsfeldern zusammengefasst werden. Dabei können einzelne Tatbestände auch mehreren Kriminalitätsfeldern zugeordnet werden (z.B. Vergewaltigung zu den Kriminalitätsfeldern «Gewaltdelikte» und «Sexualdelikte»).

Da es sich um eine verdichtete Auswahl von kriminalitätsfeldspezifischen Tatbeständen handelt, ist ein Vergleich der Werte dieser interpretierten Kriminalstatistik mit den Zahlen vor 2007 nur begrenzt möglich. Auch muss ein Kriminalitätsfeld (z.B. Migrationsdelikte) nicht sämtliche spezialgesetzlichen Tatbestände beinhalten (z.B. AuG: Nichtbefolgen der Ausreisefrist).

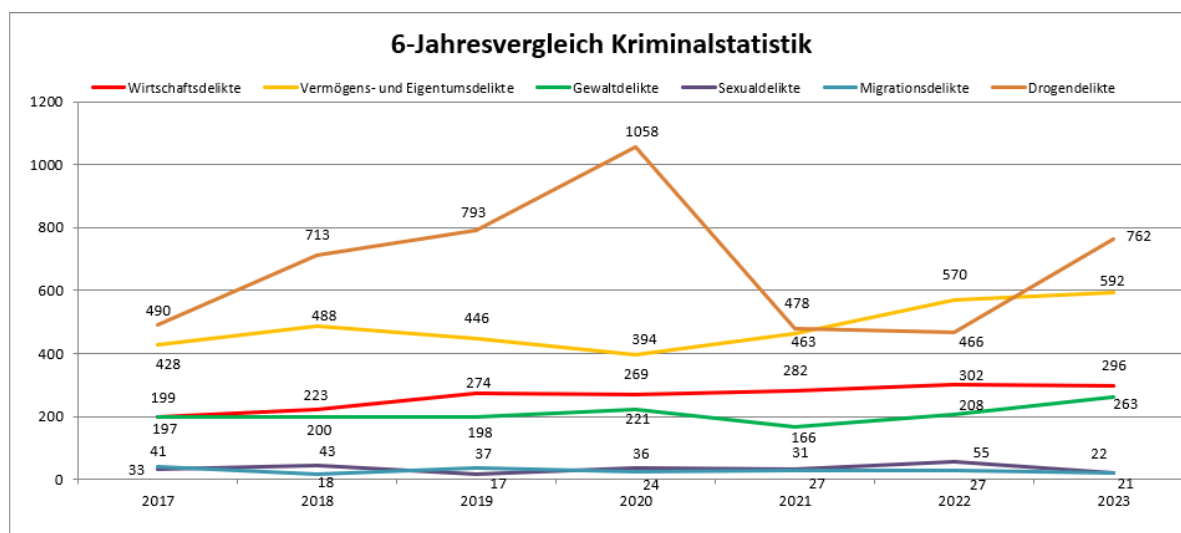
Ebenso verhält es sich mit der Anzahl der Tatverdächtigen in der interpretierten Kriminalstatistik. Auch hier können Tatverdächtige, wenn sie gleichzeitig unterschiedliche Tatbestände bzw. zeitlich versetzt die gleichen Tatbestände gesetzt haben, mehrfach gezählt werden. Die Summe der Tatverdächtigen der interpretierten Kriminalstatistik entspricht daher nicht dem Total der tatverdächtigen Personen.

### 9.7.1. Wirtschaftsdelikte

Die Anzahl der Wirtschaftsdelikte ist im Berichtsjahr um 2% auf 296 Tatbestände (2022: 302) gesunken. Am meisten Fälle waren in der Deliktsgruppe Betrug/Untreue mit 197 Tatbeständen zu verzeichnen.

### 9.7.2. Vermögens- und Eigentumsdelikte

Die Vermögens- und Eigentumsdelikte erhöhten sich um 4% auf 592 (2022: 570). Am meisten begangen wurden Diebstähle, gefolgt von Einbruchdiebstählen und Sachbeschädigungen. Bei den Einbruchdiebstählen war eine Zunahme um 35% auf 186 Tatbestände (2022: 138) zu verzeichnen.



### 9.7.3. Gewalt- und Sexualdelikte

Die verzeichneten Straftaten im Bereich der Gewaltdelikte sind gegenüber dem Vorjahr um 26% auf 263 Tatbeständen angestiegen (2022: 208). Bei den Tötungsdelikten gab es einen Tatbestand zu verzeichnen.

Bei den Sexualdelikten konnten mit 21 Tatbeständen 34 Delikte weniger als im Vorjahr registriert werden (2022: 55). Diese Veränderung ist vor allem damit begründet, dass es weniger Anzeigen wegen verbotener Pornographie gab.

### 9.7.4. Drogendelikte

Die Straftatbestände nach dem Betäubungsmittelgesetz sind stark angestiegen. Es wurden 762 Straftatbestände (2022: 466) und 195 Tatverdächtige (2022: 137) polizeilich registriert.



Dies sind somit 64% mehr Betäubungsmitteldelikte bei 42% mehr Tatverdächtigen als im Vorjahr. Am meisten Verzeigungen gab es mit 663 wegen Eigenkonsum, während es 87 Verzeigungen wegen Produktion / Anbau / Kauf / Verkauf von Drogen gab. In 12 Fällen konnte ein Schmuggel von Betäubungsmitteln nachgewiesen werden. Drogentote mussten im Berichtsjahr drei registriert werden.

#### **9.7.5. Digitale Kriminalität**

Bei der digitalen Kriminalität wird zwischen Cybercrime im engeren Sinne und Cybercrime im weiteren Sinne unterschieden, wobei die Deliktgruppe Cybercrime (im engeren Sinne) erstmals im Jahre 2019 in die Kriminalstatistik aufgenommen wurde. Meldungen über Massenphänomene (Nigeria-Connection etc.), bei denen kein Schaden entstanden ist, werden nicht in der Kriminalstatistik aufgeführt.

Cybercrime im engeren Sinne umfasst alle Straftaten, bei denen Angriffe auf Daten oder Computersysteme unter Ausnutzung der Informations- und Kommunikationstechnik begangen werden. Für die Ermittlung solcher Angriffe (wie beispielsweise Hacking, Phishing, DDoS-Attacken etc.) sind informationstechnisches Fachwissen und besondere technische Beweisführungsmethoden erforderlich. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 15 Tatbestände von Cybercrime im engeren Sinne registriert, was einer leichten Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspricht (2022: 12).

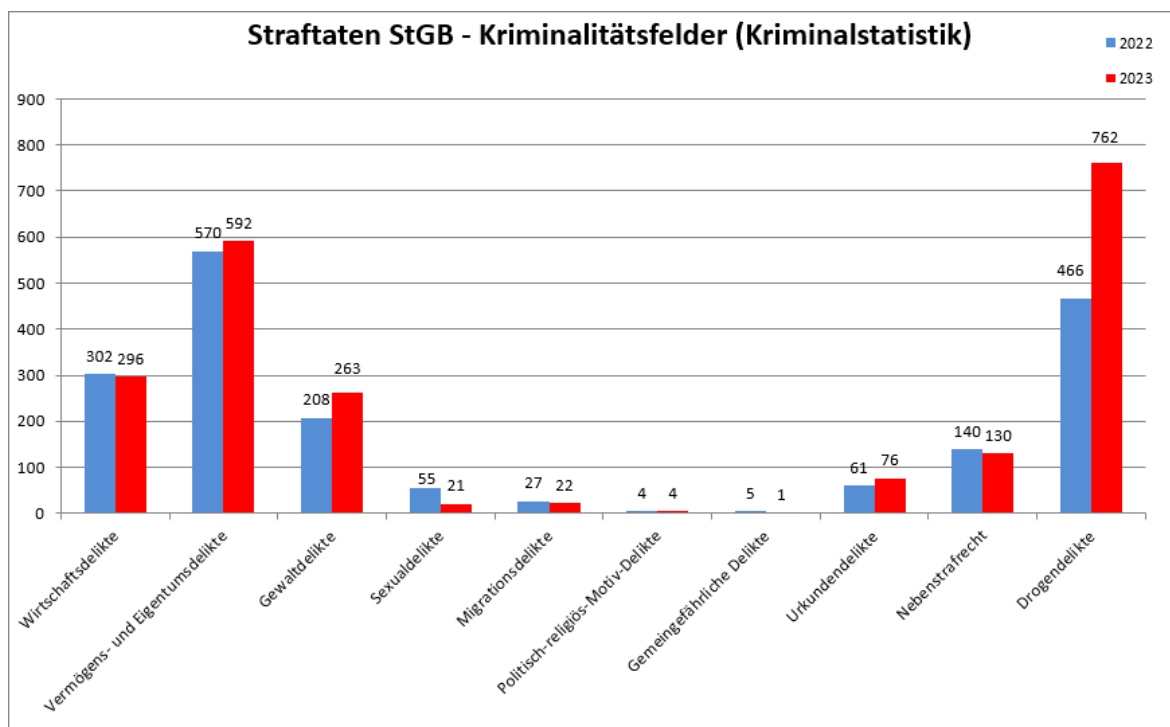
Darüber hinaus beinhaltet die digitale Kriminalität auch Tatbestände von Cybercrime im weiteren Sinne. Hierunter fallen Straftaten, bei denen die Informations- und Kommunikationstechnik zur Planung, Vorbereitung und Ausführung für die Delikte eingesetzt werden. Es handelt sich somit um herkömmliche Kriminaldelikte (wie beispielsweise Wirtschafts- oder Sexualdelikte), die im digitalen Raum verübt werden oder eine digitale Komponente aufweisen. Die Anzahl der bearbeiteten Fälle, die Cybercrime im weiteren Sinne zugeordnet werden, hat sich im Berichtsjahr um 5% auf 163 reduziert (2022: 172). Ein Grossteil der 163 Fälle betrifft Cyberbetrug (60%), gefolgt von Cybersexualdelikten (21%), Anfragen im Krypto-Bereich (11%) und anderen digital verübten Delikten (8%).

#### **9.7.6. Migrationsdelikte**

Im Berichtsjahr ist die Anzahl der Migrationsdelikte mit 22 (2022:27) leicht zurückgegangen. Die wesentlichen Verzeigungen erfolgten wegen Widerhandlungen gegen die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen (18). Wegen Beihilfe zur illegalen Einreise (Schleppertätigkeit) wurden vier Straftatbestände verzeichnet.

#### **9.7.7. Übriges Nebenstrafrecht**

Der Landespolizei obliegt die Verfolgung zahlreicher Straftaten gemäss dem Verwaltungsrecht respektive dem Nebenstrafrecht. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 130 solcher Tatbestände verzeichnet, was eine Abnahme zum Vorjahr (2022: 140) darstellt. Die Übertretungen nach dem Jugendgesetz sind auf 20 (2022: 59) zurückgegangen und die Verstösse gegen das Waffengesetz sind um 41% auf 45 Tatbestände angestiegen (2022: 32).



## 9.8. Interpretierte Kriminalstatistik im Überblick

Straftatbestände	2023	2022	Veränderung 2023/2022		gekürzte TB 2023		ermittelte Tatverdächtige		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Total	unter 18 J.	Ausländer
<b>1. Wirtschaftsdelikte</b>	<b>296</b>	<b>302</b>	<b>-6</b>	<b>-2</b>	<b>181</b>	<b>61</b>	<b>205</b>	<b>4</b>	<b>179</b>
Betrug / Untreue	197	197	0	0	106	54	132	0	119
Konkursdelikte	7	9	-2	-22	7	100	13	0	11
Geldwäsche / OK	64	71	-7	-10	50	78	100	3	94
Verfall / Einziehung	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Terrorismusfinanzierung	0	2	-2	na	0	na	0	0	0
Korruption / Insidergeschäfte	13	11	2	18	12	92	9	0	4
Cybercrime	15	12	3	25	6	40	6	1	2
<b>2. Vermögen u. Einkommensdelikte</b>	<b>592</b>	<b>570</b>	<b>22</b>	<b>4</b>	<b>205</b>	<b>35</b>	<b>153</b>	<b>42</b>	<b>94</b>
Diebstähle	245	254	-9	-4	96	39	72	10	53
davon Motorfahrzeug-Diebstähle	11	14	-3	-21	7	64	8	2	7
davon Fahrrad-Diebstähle	40	62	-22	-35	6	15	6	0	4
Veruntreuung / Unterschlagung / Sachentziehung	24	26	-2	-8	15	63	25	7	17
Einbruchdiebstahl	186	138	48	35	45	24	34	8	25
Hehlerei	2	4	-2	-50	2	100	2	0	2
Sachbeschädigung	135	148	-13	-9	47	35	56	25	24
<b>3. Gewaltdelikte</b>	<b>263</b>	<b>208</b>	<b>55</b>	<b>26</b>	<b>227</b>	<b>86</b>	<b>168</b>	<b>31</b>	<b>107</b>
Tötungsdelikte	1	0	1	na	1	100	1	0	0
Körperverletzung / Raufhandel	93	102	-9	-9	81	87	103	19	58
Erpressung / Entführung	22	12	10	83	8	36	7	0	5
Raub	6	2	4	200	5	83	7	6	6
Drohung	62	47	15	32	58	94	61	17	38
Nötigung	50	22	28	127	47	94	36	6	23
Sexuelle Gewalt	20	14	6	43	18	90	15	2	8
Gewalt gegen Beamte	9	9	0	0	9	100	11	2	6
<b>4. Sexualdelikte</b>	<b>21</b>	<b>55</b>	<b>-34</b>	<b>-62</b>	<b>19</b>	<b>90</b>	<b>15</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
Vergewaltigung / sex. Nötigung	6	4	2	50	5	83	4	0	2
Sex. Missbrauch Unmündiger	4	12	-8	-67	4	100	4	1	1
Sex. Belästigung / Exhibitionismus	4	11	-7	-64	4	100	4	0	1
Zuhälterei	1	0	1	na	1	100	1	0	0
Pornographie	6	28	-22	-79	5	83	4	2	0
<b>5. Migrationsdelikte</b>	<b>22</b>	<b>27</b>	<b>-5</b>	<b>-19</b>	<b>19</b>	<b>86</b>	<b>24</b>	<b>2</b>	<b>21</b>
Einreise und Aufenthalt	18	20	-2	-10	15	83	20	2	18
Beihilfe	4	3	1	33	4	100	4	0	3
Ausweisverwendung	0	3	-3	na	0	na	0	0	0
Arbeit	0	1	-1	na	0	na	0	0	0
<b>6. Politisch religiös motivierte Delikte</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>4</b>	<b>100</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>2</b>
Diskriminierung	3	1	2	200	3	100	3	2	1
Terrorismus	0	3	-3	na	0	na	0	0	0
Verbotener Nachrichtendienst	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Ordnungsdelikte	1	0	1	na	1	100	1	0	1
<b>7. Gemeingefährliche Delikte</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>-4</b>	<b>-80</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Branddelikte	1	3	-2	-67	0	0	0	0	0
Sprengstoffdelikte	0	2	-2	na	0	na	0	0	0
Strahlendelikte	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Umweltdelikte	0	0	0	0	0	na	0	0	0
<b>8. Urkundendelikte</b>	<b>76</b>	<b>61</b>	<b>15</b>	<b>25</b>	<b>53</b>	<b>70</b>	<b>62</b>	<b>1</b>	<b>51</b>
Fälschung von Dokumenten	35	23	12	52	35	100	47	0	40
Geld und Wertpapierfälschung	41	38	3	8	18	44	15	1	11
<b>9. Verwaltung</b>	<b>130</b>	<b>140</b>	<b>-10</b>	<b>-7</b>	<b>112</b>	<b>86</b>	<b>116</b>	<b>8</b>	<b>73</b>
Waffen / Sprengstoff	45	32	13	41	41	91	42	3	27
Jugendgesetz	20	59	-39	-66	20	100	17	0	4
Bau / Gewerbe / Handel / Tourismus	5	10	-5	-50	5	100	4	0	4
Banken / Treuhänder / Sorgfaltpflicht	4	15	-11	-73	2	50	2	0	1
Schutz Geheimbereich / Arbeit / geist. Eigentum	2	2	0	0	2	100	2	1	1
Tierschutz / Jagd / Fischerei / Hundehaltung	11	5	6	120	9	82	9	1	4
Gesundheit / Umwelt / Abfall	17	10	7	70	12	71	18	1	12
Polizeistunde / Ruhe / Ordnung	1	0	1	na	1	100	1	0	1
Übriges Verwaltungsrecht	25	7	18	257	20	80	30	2	22
<b>10. Drogendelikte</b>	<b>762</b>	<b>466</b>	<b>296</b>	<b>64</b>	<b>710</b>	<b>93</b>	<b>195</b>	<b>28</b>	<b>100</b>
Eigenkonsum	663	394	269	68	613	92	184	25	96
Produktion / Anbau / Kauf / Verkauf	87	59	28	47	85	98	48	13	20
Schmuggel	12	13	-1	-8	12	100	11	0	4
<b>11. Kripo-Ereignisse ohne Tatbestand</b>	<b>64</b>	<b>54</b>	<b>10</b>	<b>19</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Vermisstenfälle	30	28	2	7	0	0	0	0	0
Brände	18	10	8	80	0	0	0	0	0
Aussergewöhnliche Todesfälle	16	16	0	0	0	0	0	0	0
davon Suizide	1	1	0	0	0	0	0	0	0
davon Drogentote	3	0	3	na	0	0	0	0	0
davon Tod Krankheit / Unfälle ohne Verkehr	12	15	-3	-20	0	0	0	0	0

## 10 Internationale polizeiliche Zusammenarbeit

Der Fachbereich Internationale Polizeikooperation (IPK) ist die zentrale Drehscheibe und Koordinationsstelle der Landespolizei für den internationalen Informationsaustausch sowie für Fahndungen jeglicher Art. Die IPK ist das nationale Büro (NCB Vaduz) für INTERPOL, das SIRENE Büro im Rahmen von Schengen, die Nationale Einheit (NCP) für EUROPOL sowie die liechtensteinische Kontaktstelle (NFPOC) für die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX. Mit der zentralen Eingangs- und Kontaktstelle IPK hat die Landespolizei in der Polizeizusammenarbeit eine effiziente und schlanke Lösung, um die zahlreichen über die unterschiedlichen Kanäle ein- und ausgehenden Anfragen speditiv bearbeiten zu können.

Die Landespolizei hat 2020 ein Arbeitsabkommen mit der EU-Ausbildungsagentur CEPOL abgeschlossen und die IPK als nationale Kontaktstelle benannt. Damit können auch liechtensteinische Behörden die Ausbildungsangebote von CEPOL nutzen. Im Berichtsjahr waren bei CEPOL rund 400 Ausbildungsangebote in allen möglichen Bereichen der inneren Sicherheit verfügbar. Grossmehrheitlich wurden von liechtensteinischen Behördenvertreter Online-Veranstaltungen im Bereich Schengen genutzt (SIS, IOP, ETIAS, EES etc).

### 10.1. Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit

Auch 2023 haben die Migration und die damit einhergehende Kriminalität sowie die vom internationalen Terror ausgehenden Gefahren den internationalen polizeilichen Informationsaustausch stark beeinflusst.

### 10.2. Schengen/SIRENE

Im Jahr 2023 absolvierten Angehörige der Landespolizei, des Ausländer- und Passamts sowie der Datenschutzstelle mehrstufige obligatorische Lehrgänge zum Schengen-Experten. Diese Experten stehen der EU für die Evaluation anderen Schengen Staaten zur Verfügung, um die Einhaltung der Schengen-Standards bei Länderbesuchen zu überprüfen.

Auch im Berichtsjahr haben die Migration und die damit einhergehende Kriminalität sowie die vom Terrorismus ausgehenden Gefahren den internationalen polizeilichen Informationsaustausch stark beeinflusst. Im Rahmen von Schengen richtete Liechtenstein 1'381 Anfragen an ausländische Polizeistellen (2022: 1'027), während das SIRENE-Büro Vaduz 32'409 Auskunftersuchen (2022: 28'894) aus dem Ausland bearbeitete. Im Berichtsjahr konnten fünf im Auftrag des Landgerichts im Schengenraum international ausgeschriebene Personen festgenommen werden (2022: 4). Zu einem Rückgang kam es bei kriminalpolizeilichen Anfragen aus der Schweiz (2023: 3'161, 2022: 3'370).

Es konnten wiederum zahlreiche Personen- und Sachfahndungstreffer erzielt werden (SIS, INTERPOL und weitere Fahndungssysteme). Diese fielen mit 332, davon 104 im Inland und 228 im Ausland, um 46 Treffer höher aus als im Vorjahr (2022: 286). 14 Personen wurden in Liechtenstein aufgrund eines in- oder ausländischen Haftbefehls festgenommen (2022: 8).

### 10.3. Nationales Zentralbüro Interpol

Neben Schengen ist INTERPOL mit seinen 195 Mitgliedstaaten weltweit für die Landespolizei weiterhin ein unerlässlicher Partner in der täglichen Polizeikooperation. Jedem Polizisten stehen die Fahndungsinformationen von Interpol elektronisch zur Verfügung.

Im Berichtsjahr stellte das NCB INTERPOL Vaduz an ausländische Polizeistellen 1'185 Anfragen (2022: 1'191), während ausländische INTERPOL-Stellen über 21'527 Anfragen weltweit und somit auch an Liechtenstein stellten (2022: 21'848).

Im Berichtsjahr sind die Anfragen von INTERPOL Vaduz an ausländische Polizeistellen (2023: 1'185, 2022: 1'191) zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum verbreiteten ausländische Behörden im Rahmen der INTERPOL 21'527 Anfragen weltweit, welche auch an Liechtenstein gerichtet waren (2022: 21'848)

### 10.4. Fahndungstreffer

Im Berichtsjahr wurden wieder zahlreiche Personen- und Sachfahndungstreffer erzielt (SIS, INTERPOL und weitere Fahndungssysteme). Diese fielen mit 332, davon 104 im Inland und 228 im Ausland, um 50 Treffer höher aus als im Vorjahr (2022: 282). 14 Personen wurden in Liechtenstein aufgrund eines in- oder ausländischen Haftbefehls festgenommen (2022: 8).

### 10.5. Europol

Die Zusammenarbeit mit Europol wurde in der bewährten Weise fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von Liechtenstein an ausländische Polizeistellen auf dem EUROPOL-Kanal 508 Anfragen (2022: 585) durchgeführt. Ausländische Behörden richteten auf diesem Kanal 1'568 Anfragen (2022: 1'605) an Liechtenstein.

### 10.6. Grenzüberschreitende Vernetzung

Dank der Teilnahme bei INTERPOL, EUROPOL und Schengen (inkl. FRONTEX und EUROPOL) ist die Landespolizei international sehr gut vernetzt. Im Verbund mit der Schweiz beteiligt sich die Landespolizei am Schweizerischen Fahndungssystem RIPOL sowie an der kriminalpolizeilichen Kommunikationsplattform VULPUS. Der Einsitz des Polizeichefs in der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) bietet zudem eine optimale Plattform für die Vernetzung mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Kantone.

Regional stellen die Mitgliedschaften beim Ostschweizer Polizeikonkordat und der Polizeichefvereinigung Bodensee eine optimale grenzüberschreitende Zusammenarbeit sicher. Der regionale Informationsaustausch über ein gesichertes System zwischen Polizeibehörden in Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen und Liechtenstein hat sich auch im Berichtsjahr bewährt. 2023 gingen diesbezüglich 796 Mitteilungen bei der IPK ein (2022: 847).

Der Polizeichef pflegt sowohl einen regelmässigen Informationsaustausch mit seinen Kollegen und Kolleginnen aus Österreich und der Schweiz sowie mit sämtlichen Polizeichefkollegen der Schengen Staaten im Rahmen der jährlichen European Police Chief Conference EPCC. Im Berichtsjahr nahm der Polizeichef im Mai am Treffen in

Stockholm und im September in Den Haag teil. Ende November vertrat der Polizeichef die Landespolizei ferner an der INTERPOL Generalversammlung in Wien. Die Organisation feierte dabei am Ort der Gründung im Jahre 1923 deren hundertjähriges Jubiläum.

Diese internationalen und regionalen Netzwerke sind für eine erfolgreiche Polizeiarbeit in Liechtenstein unerlässlich. Denn Sicherheit kann heute nur noch im internationalen Verbund gewährleistet werden. Dies gilt für einen Kleinstaat wie Liechtenstein noch mehr als für jedes andere Land.

<b>Tätigkeiten und Dienstleistungen der Internationalen Polizeikooperation (Auszug)</b>	<b>2023</b>	<b>2022</b>
Schriftverkehr von FL an ausländische Behörden im Rahmen von INTERPOL	1'185	1'191
Schriftverkehr ausländischer Behörden an FL im Rahmen von INTERPOL	21'527	21'848
Schriftverkehr von FL an ausländische Behörden im Rahmen von Schengen	1'381	1'027
Schriftverkehr ausländischer Behörden an FL im Rahmen von Schengen	32'409	28'894
Schriftverkehr von FL an ausländische Behörden im Rahmen von EUROPOL	508	585
Schriftverkehr ausländischer Behörden an FL im Rahmen von EUROPOL	1'568	1'605
Fahndungstreffer (SIS, RIPOL, INTERPOL, FL-Fahndungsliste)	332	286

### **10.7. Fonds für die Innere Sicherheit ISF (Aussengrenzen und Visa)**

Liechtenstein beteiligt sich im Rahmen seiner Assoziierung an Schengen/Dublin am Fonds für die innere Sicherheit im Bereich Aussengrenzen und Visa (ISF-Borders). Mit diesem Fonds werden Schengen-Staaten, die aufgrund ihrer ausgedehnten Land- oder Seegrenzen sowie bedeutenden internationalen Flughäfen hohe Kosten für den Schutz der Schengen-Aussengrenzen tragen, mit projektgebundenen Mitteln unterstützt. Der Fonds soll dazu beitragen, die Effizienz der Kontrollen und damit den Schutz der Aussengrenzen zu verbessern sowie die Zahl illegaler Einreisen zu verringern. Die Finanzausstattung für die Durchführung des Fonds beträgt insgesamt 2,76 Milliarden Euro. Liechtenstein beteiligt sich mit rund 1,12 Millionen Euro. über die Laufzeit von sieben Jahren (2014-2020). Ausgaben von laufenden Projekten sind jedoch noch bis Mitte 2024 unter diesem Fonds förderfähig.

Die Landespolizei, das Ausländer- und Passamt sowie das Amt für Informatik setzen verschiedene Projekte um, welche auch dem Aussengrenzenschutz dienen und im Rahmen des ISF-Borders zu grossen Teilen kofinanziert werden: Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems SISrecast sowie des polizeilichen Abfrageportals PAP (biometrische und alphanummerische Abfragen), Finanzierung eines Schweizer Grenzschutzexperten für Frontex, Entry-/Exit-System, Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem sowie die Programmleitung Schengen/Dublin.



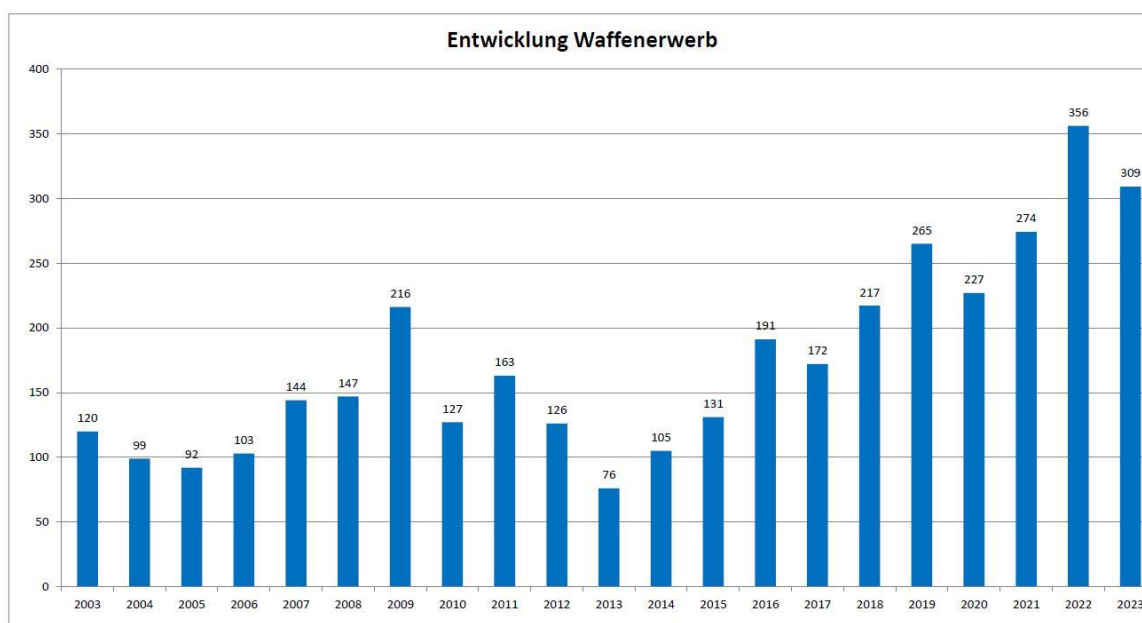
Seit der Beteiligung Liechtensteins am ISF-Borders (2018 bis Mitte 2023) wurden 4,7 Millionen Euro. an Projektkosten über den Fonds refinanziert. Dies entspricht einer sehr guten Refinanzierungsquote von 80%.

Die organisatorisch und funktional unabhängige Stabstelle ISF bei der Landespolizei ist für die ordnungsgemässe Verwaltung der Fondsgelder, die Kontrolle des nationalen Programms und dessen Projekte sowie für die gesamte Kommunikation mit der Europäischen Kommission zuständig. Die Kosten der Stabstelle ISF und auch der Aufwand für die Prüfung der Finanzkontrolle werden zu 100 % von der EU refinanziert.

## 11 Waffen

### 11.1. Waffenerwerbsscheine

Die Anzahl der ausgestellten Waffenerwerbsscheine ist im Berichtsjahr rückläufig. So wurden 309 solcher Waffenerwerbsscheine ausgestellt, im Vorjahr waren es 356.



### 11.2. Waffentragbewilligungen

Jede Person, die in Liechtenstein eine Waffe an öffentlich zugänglichen Orten tragen will und dazu ein begründetes Bedürfnis dafür nachweisen kann, muss vorgängig eine theoretische sowie praktische Prüfung bei der Landespolizei ablegen. Die Anzahl der ausgestellten Waffentragbewilligungen ist im Berichtsjahr um 8 auf 55 angestiegen (2022: 47), wobei sämtliche Bewilligungen ausschliesslich an Personen aus dem Sicherheitsgewerbe ausgestellt wurden.

### 11.3. Europäischer Feuerwaffenpass

Der Europäische Feuerwaffenpass erleichtert den grenzüberschreitenden Verkehr mit Feuerwaffen insbesondere für Jäger und Sportschützen. Die Anzahl der ausgestellten Europäischen Feuerwaffenpässe im Berichtsjahr war rückläufig, es wurden 35

solcher Pässe ausgestellt (2022: 53). Eine Schwankung in diesem Bereich hat keine nennenswerten Hintergründe.

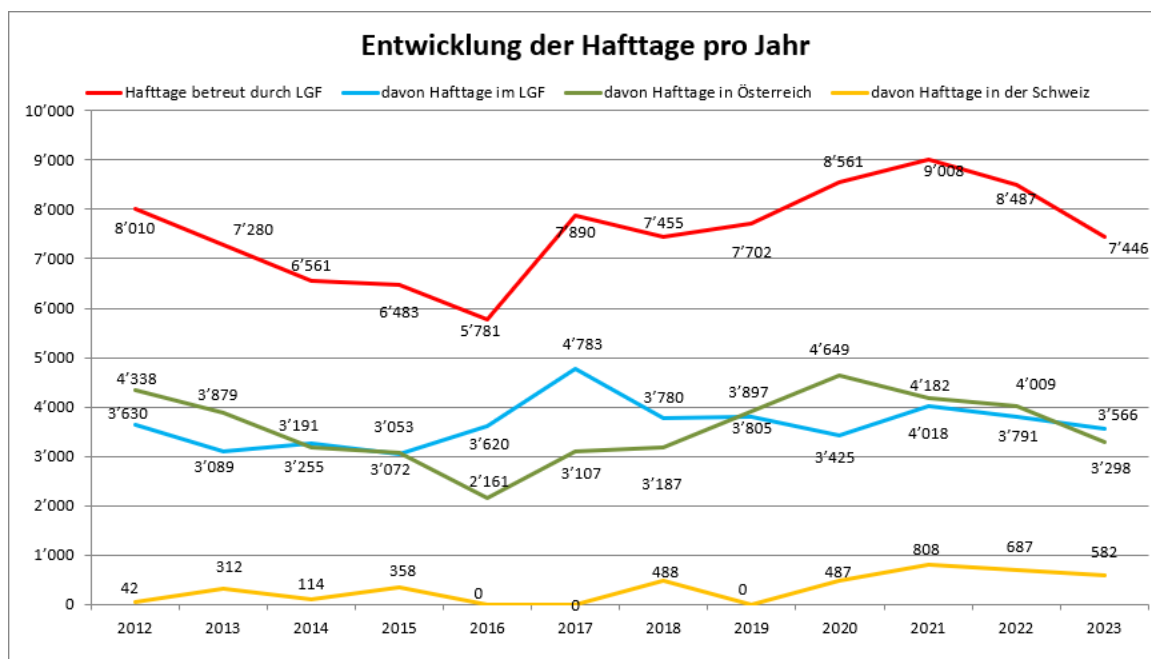
## 12 Landesgefängnis

### 12.1. Belegung im Landesgefängnis

Im Berichtsjahr waren im Landesgefängnis in Vaduz insgesamt 48 Personen inhaftiert, dies sind zehn Person weniger als im Vorjahr. Der grösste Teil der Häftlinge war Männer (46), während lediglich zwei Frauen inhaftiert waren. Die Anzahl der Hafttage hat sich gegenüber dem Vorjahr von 3'791 (2022) auf 3'566 reduziert.

Inhaftierungen Landesgefängnis	2023	2022
<b>Inhaftierungen total</b>	48	58
davon Männer	46	56
davon Jugendliche	0	0
davon Frauen	2	2
davon Jugendliche	0	0
<b>Hafttage total</b>	3'566	3'791
davon Männer	3'534	3'755
davon Jugendliche	0	0
davon Frauen	32	36
davon Jugendliche	0	0
<b>Inhaftierungen nach Gesetzen / Gründen</b>	48	58
davon Strafrecht (total)	32	31
davon Ausländergesetz	13	14
davon Polizeigesetz	2	2
davon Auslieferung	1	7
davon Ersatzfreiheitsstrafen	0	4

Die häufigsten Gründe für Inhaftierungen sind nach wie vor Verstösse gegen das Strafrechtsgesetzbuch, gefolgt von Inhaftierungen wegen Widerhandlungen gegen das Ausländergesetz (inkl. Ausschaffungen).



## 12.2. Betreuung

Insgesamt 245 reguläre Besuche wurden im Berichtsjahr den Insassen im Landesgefängnis registriert. Zusätzlich erhielten Inhaftierte 159 Besuche von ihrem Rechtsbeistand sowie 67 Besuche von psychosozialen Fachpersonal. Der Gefängnisarzt war insgesamt 59 Mal im Landesgefängnis und führte dabei 177 Konsultationen durch.

## 12.3. Untersuchungshaft

Personen, welche aus gesetzlich bestimmten Gründen schon während des Untersuchungsverfahrens wegen des Verdachts der Begehung einer Straftat in Haft genommen werden, befinden sich in Untersuchungshaft. Im Berichtsjahr wurden im Vergleich zum Vorjahr mehr neu verhängte Untersuchungshaft verzeichnet werden. Von den insgesamt 16 im Berichtsjahr verhängten Untersuchungshaft hatten drei Person die liechtensteinische Staatsbürgerschaft, während die 13 Untersuchungshäftlinge ausländische Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland waren.

Untersuchungshaft	2023	2022
Untersuchungshaft total	16	14
davon Liechtensteinische Staatsangehörige	3	2
davon ausl. Staatsangehörige mit Wohnsitz in FL	0	2
davon ausl. Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland	13	10

## 12.4. Strafvollzug im Ausland

Aufgrund des Staatsvertrages mit Österreich aus dem Jahr 1983 werden Freiheitsstrafen verurteilter Straftäter primär in österreichischen Strafvollzugsanstalten verbüsst. Dasselbe gilt für den Vollzug gerichtlich angeordneter Massnahmen. Seit Beginn des Jahres 2017 werden aufgrund der Neuausrichtung des Strafvollzugs auch kürzere

Freiheitsstrafen nicht mehr in Vaduz vollzogen, da die gesetzlichen Anforderungen an einen zeitgemässen und gesetzeskonformen Strafvollzug nicht mehr vollumfänglich erfüllt werden können (z.B. Beschäftigung, Freizeit usw.). Mit dem Kanton St. Gallen ist vereinbart, dass die Strafanstalt Saxerriet für den Entlassungsvollzug Liechtensteiner Häftlinge genutzt werden kann.

Verlegungen ins Ausland zum Vollzug von Freiheitsstrafen oder Massnahmen werden in der Regel veranlasst, sobald die Urteile rechtskräftig sind. So waren im Berichtsjahr insgesamt 16 Häftlinge während 3'298 Hafttagen in österreichischen Anstalten zum Vollzug ihrer Strafen oder Massnahmen untergebracht. Das sind weniger Hafttage als im Vorjahr (2022: 4'009). In Saxerriet/CH waren 2023 sieben Personen (2022: 5) während 582 Tagen (2022: 687) inhaftiert.

**Landespolizei des  
Fürstentums Liechtenstein**

Gewerbeweg 4  
FL-9490 Vaduz

T +423 236 71 11  
info@landespolizei.li  
www.landespolizei.li

